



2026/02 Thema

<https://www.jungle.world/artikel/2026/02/es-gibt-alternativen-zu-kuerzungen>

Luise Brunner (GEW) im Gespräch über Hochschulproteste in Hessen

»Es gibt Alternativen zu Kürzungen«

Interview von **Lucas Rudolph**

Luise Brunner von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Hessen sprach mit der »Jungle World« über die von der Landesregierung erzwungenen Einsparungen an den hessischen Hochschulen und die Proteste dagegen.

Hessen ist neben Berlin das Bundesland, in dem am stärksten an den Hochschulen gekürzt wird. Was ist geplant?

Es gibt 14 staatliche Hochschulen in Hessen. Deren Finanzierung regelt der Hessische Hochschulpakt, das ist eine Abmachung zwischen den Hochschulen und der Landesregierung, die immer für mehrere Jahre gilt. Am 17. Juli 2025 wurde der Hochschulpakt für die Jahre 2026 bis 2031 unterschrieben – und der ist eine Zäsur. Normalerweise steigt der Etat der Hochschulen von Jahr zu Jahr. Das war zum ersten Mal anders: Das Budget für 2026 beträgt 1,3 Prozent weniger als im Vorjahr, das entspricht rund 30 Millionen Euro.

Bis 2031 wird es dann wieder eine leichte Steigerung geben. Die wird aber die höheren Kosten durch die Inflation und die voraussichtlichen Tariferhöhungen nicht decken können. Die hessischen Hochschulen schätzen, dass über die Laufzeit des Hochschulpakts, also bis 2031, insgesamt ein Finanzierungsdefizit von rund einer Milliarde Euro entstehen wird. Auf's Jahr gerechnet sind das 167 Millionen Euro, das entspricht etwa zehn Prozent des gesamten Personaletats.

Was bedeuten diese immensen Kürzungen für die Hochschulen?

Es ist wirklich eine unfassbare Summe. Außerdem zeigt sich hier eine grundsätzliche Ambivalenz der Hochschulsebstverwaltung: Natürlich ist es richtig, dass Hochschulen eigenständig über ihre inhaltliche Ausrichtung und ihre Strukturen entscheiden können. In der jetzigen Situation bedeutet diese Selbstverwaltung aber, dass die Landesregierung die Verantwortung für die Kürzungen nach unten weiterreicht, ohne einen politischen Rahmen oder eine Strategie für deren Umsetzung vorzugeben.

»Mein Eindruck ist, dass diejenigen Wissenschaftsgebiete besonders unter Druck geraten sind, die sich nicht durch Zuwendungen von Unternehmen oder großen Fördermittelgebern profilieren können.«

Die Hochschulen sind mit dieser Aufgabe weitgehend auf sich allein gestellt. In vielen Fällen führt das dazu, dass die Entscheidung über Einsparungen in die einzelnen Fachbereiche

delegiert wird. Dort stehen die Verantwortlichen dann vor kaum lösbaren Fragen: Sollen Lehrstühle unbesetzt bleiben, Stellen im sogenannten wissenschaftlichen Mittelbau – also unterhalb der Professur – gestrichen, die Verwaltung ausgedünnt oder ganze Institute geschlossen werden?

Diese Situation hat an mehreren Hochschulen zu schweren Konflikten geführt. Ich weiß von Gremiensitzungen, in denen sich gestandene Wissenschaftler:innen angeschrien haben und manche in Tränen ausgebrochen sind, weil sie sich unter dem enormen Druck nicht darauf verständigen konnten, wo und wie gespart werden soll. An der Goethe-Universität in Frankfurt am Main hat die Hochschulleitung beispielsweise allen Fachbereichen vorgegeben, ihre Personalausgaben um 15 Prozent zu senken.

Gehen die anderen Hochschulen genauso vor?

Nein, die Pläne der Hochschulleitungen unterscheiden sich stark voneinander: An der Philipps-Universität in Marburg sollen 100 von 700 Stellen in der Verwaltung wegfallen. Wahrscheinlich wird das bedeuten, dass das Angebot für die Student:innen erheblich schlechter wird, zum Beispiel Ansprechpersonen wegfallen und die Bibliotheksöffnungszeiten verkürzt werden. Die Technische Universität Darmstadt hat beschlossen, zwei ganze Institute zu schließen, das Institut für Sportwissenschaft und das für Angewandte Geowissenschaften. Die fehlende Sportwissenschaft wird sich insbesondere auf die Ausbildung von Sportlehrkräften auswirken. Mein Eindruck ist, dass diejenigen Wissenschaftsgebiete besonders unter Druck geraten sind, die sich nicht durch Zuwendungen von Unternehmen oder von großen Fördermittelgebern profilieren können. Als Sofortmaßnahme wurden an vielen Hochschulen außerdem Stellensperren verhängt. Das heißt: Ein halbes Jahr oder ein Jahr lang werden freie Stellen nicht neu besetzt, um Personalkosten zu sparen – dabei ist es ganz egal, um welche Stelle es geht. Es kommt vor, dass Professuren, die sowohl für die Forschung als auch für die Lehre extrem wichtig sind, einfach nicht neu ausgeschrieben werden.

Was bedeutet das für die Arbeitsbedingungen der Wissenschaftler:innen?

Wir kämpfen als GEW schon lange dafür, dass Hochschulen als Arbeitgeber ihrer Pflicht nachkommen, transparente und verbindliche Konzepte für die Arbeitszeiterfassung im wissenschaftlichen Betrieb zu entwickeln und umzusetzen. Die meisten Wissenschaftler:innen im Mittelbau hangeln sich von Befristung zu Befristung und sind in Teilzeit angestellt, obwohl sie Vollzeit arbeiten, viele sogar mehr. Mit unserer Kritik an den Arbeitsbedingungen im Mittelbau arbeiten wir auch gegen die Idee an, Wissenschaft sei Leidenschaft, nicht Lohnarbeit.

Meine Prognose ist, dass alle prekär Beschäftigten an den Hochschulen von den Einsparungen hart getroffen werden. Bei weniger ausgeschriebenen Stellen wird die Konkurrenz zwischen den Wissenschaftler:innen größer. Und egal ob wissenschaftlicher Mittelbau, studentische Hilfskräfte oder Verwaltungspersonal – sie alle werden für mehr Student:innen zuständig sein und weniger Zeit für individuelle Betreuung haben.

Nehmen wir als Beispiel eine wissenschaftliche Mitarbeiterin: Sie wird vor größeren Seminargruppen stehen, mehr Haus- und Abschlussarbeiten von Student:innen betreuen müssen und mehr Organisationsarbeit am Institut übernehmen müssen, weil sich der Lehrstuhl, für den sie arbeitet, vielleicht bald ein Sekretariat mit mehreren Lehrstühlen teilt.

Und was blüht den Student:innen?

Im Grunde wird mit den neuen Kürzungen ein Prozess fortgeführt, den wir seit Jahrzehnten beobachten können und der häufig etwas unscharf als »Neoliberalisierung der Hochschulen«

bezeichnet wird. Das Studium wird auf Effizienz getrimmt, auf die Qualifizierung für den Arbeitsmarkt. Im selben Maße werden die Freiräume kleiner, die das Studium als Lebensphase immer geboten hat. Ich merke das daran, dass immer mehr Student:innen die Hochschule nicht als Lebensraum, sondern als Dienstleister ansehen. Der zügige Abschluss steht für sie im Mittelpunkt ihres Studiums. Und ich kann es ihnen nicht einmal verdenken.

Wenn man sich überlegt, dass eine Einzimmerwohnung in Frankfurt mittlerweile 1.000 Euro im Monat kostet, dass man dieses Geld durch Nebenjobs erst einmal verdienen muss und der Anteil an Student:innen stetig steigt, die deshalb gar nicht erst bei ihren Eltern ausziehen, dann darf man nicht überrascht sein, wenn viele Student:innen mit anderen Dingen beschäftigt sind, als den ganzen Tag in selbstverwalteten Cafés zu verbringen, abseitige Theorie zu lesen und über die Gesellschaft zu nachzutrübeln. Und das tun zu können, ist ja keine absurde Forderung, sondern ein wichtiger Teil von Persönlichkeitsentwicklung und der Freiheit, sich wissenschaftlich mit allen Fragen auseinanderzusetzen.

Wenn für mehr und mehr Student:innen die Hochschule nur noch Ort einer zügig zu absolvierenden Ausbildung ist - gab es dann trotzdem Proteste gegen die Kürzungen?

Die gab es, und zwar hessenweit. Kundgebungen gegen den Hochschulpakt gab es an mehreren Hochschulstandorten, im Juni – einen Monat vor der Unterzeichnung – einen landesweiten Aktionstag, an dem sich allein in Frankfurt über 1.000 Menschen beteiligten. Kurz vor der Unterzeichnung fanden Aktionen in Wiesbaden statt, dort hat die hessische Staatskanzlei ihren Sitz.

Dennoch reichen die Proteste nicht heran an die Größe der früheren, bundesweiten Bildungsproteste, etwa 2005/2006 gegen die Einführung von Studiengebühren oder 2008/2009 anlässlich der Bologna-Reformen, in deren Zuge das Bachelor-Master-System eingeführt wurde.

Es ist schon bemerkenswert, dass die Proteste, die es gibt, etwa durch die Gewerkschaften und studentische Gruppen bundesweit vernetzt sind. Ziel muss es jetzt sein, die Breite der Studierendenschaft und die Öffentlichkeit jenseits der Hochschulen zu erreichen.

»Am 28. Januar findet der bundesweite Hochschulaktionstag für bessere Arbeits- und Studienbedingungen statt.«

Die Proteste waren wichtig. Sie ermutigen Student:innen, ihre Hochschule wieder als einen Ort zu sehen, der sich gestalten lässt. Drohende Maßnahmen wie zum Beispiel für eine feste Maximalstudiendauer wurden bereits abgewehrt. Außerdem waren Student:innen, Wissenschaftler:innen und Leute aus der Verwaltung zusammen auf der Straße, das ist nicht selbstverständlich. Das langfristige Ziel in Hessen ist natürlich, dass beim Hochschulpakt nachverhandelt wird, spätestens 2028.

Welche weiteren Proteste sind geplant?

Am 28. Januar findet der bundesweite Hochschulaktionstag für bessere Arbeits- und Studienbedingungen statt. In Hessen werden wir uns wieder auf die Kürzungen fokussieren – überall sonst werden wohl die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder im Mittelpunkt stehen. Die Tarifrunde läuft gerade in allen Bundesländern außer Hessen.

Gekürzt wird in Hessen derzeit nicht nur an den Hochschulen. Wie sieht es sonst aus im Bildungsbereich?

Die Landesregierung will bei der Ausbildung von Lehrkräften kürzen. Sie lässt die hessischen Kommunen allein mit dem Investitionsstau bei den Schulgebäuden. Und sie plant, den Kommunen 45 Millionen Euro an Zuschüssen für die Betriebskosten bei Kindertageseinrichtungen zu streichen. Das Geld kann man nicht einsparen, indem man seltener das Licht einschaltet.

Und wie ordnen Sie die geplanten Einsparungen politisch ein?

Tatsächlich fehlen der hessischen Landesregierung rund drei Milliarden Euro im Haushalt wegen der vom Bund beschlossenen Steuersenkungen. Sie behauptet, es gäbe deshalb keine Alternative zu den Kürzungen. Ich halte das für Quatsch.

Es gäbe sehr wohl Möglichkeiten, trotz der knappen Haushaltslage zu investieren. Das Land Thüringen macht es vor: Es hat ein kommunales Investitionsprogramm auf den Weg gebracht, bei dem die Kommunen Schulden aufnehmen, Zins und Tilgung aber vom Land übernommen werden. So können trotz Schuldenbremse Schulen saniert und sogar neue gebaut werden. Dass hingegen das Land Hessen bei allem spart, was mit Bildung zu tun hat, ist eine politische Entscheidung der schwarz-roten Landesregierung.